

# Bewerbung AStA 2020/21

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
1. Was ist der Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA)?.....	2
2. Nichtsemester einführen- gegen ein verbindliches Online-Semester .....	3
3. Mitbestimmung & Interessenvertretung stärken.....	5
4. Studentische Freiräume.....	7
5. Freie und selbstbestimmte Bildung .....	8
5.1 Gegen patriarchale Strukturen - für den Feminismus .....	9
5.2 Das "festival contre le racisme" - gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus .....	12
5.3 Kritik am Verbindungswesen .....	13
5.4 Barrierefreiheit erhöhen! .....	14
5.5 Gegen jeden Antisemitismus - Kein Vergeben, kein Vergessen .....	14
6. Sachbearbeitungsstellen.....	16
Vergabeverfahren.....	17
Antidiskriminierung .....	17
Kürzung von zwei HSB-Stellen .....	18
Einrichtung von zwei SB Stellen zur Archivierung und Weitergabe von informellem Wissen im AStA .....	18
7. Einzelbewerbungen .....	20
7.1 Bewerbung auf das Referat für Hochschulpolitik Innen .....	20
7.2 Bewerbung auf das Referat für Hochschulpolitik Außen.....	22
7.3 Bewerbung auf das Referat für Kasse.....	24
7.4 Bewerbung auf das Referat für Politische Bildung .....	25
7.5 Bewerbung auf das Referat Soziales.....	27
7.6 Bewerbung auf das Referat für Finanzen .....	29
7.7 Bewerbung auf das Referat für Internationales .....	30
7.8 Bewerbung auf das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit .....	32

## Vorwort

Liebe Kommiliton\*innen, liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

dies ist das politische Programm des Bewerber\*innen-Kollektivs für den AStA der Leibniz Universität Hannover (LUH) in der Legislatur 2019/2020. Wir, das sind Antonia, Indra, Kim, Marcel, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias, haben uns in der jährlich stattfindenden Findungsphase als Kollektiv gefunden. Wie jedes Jahr war die Findungsphase hochschulöffentlich für alle Studierenden und begann Anfang Februar. Seitdem haben wir uns wöchentlich getroffen und über die Arbeit im AStA und in anderen hochschulpolitischen Gremien geredet sowie über (hochschul-) politische Themen diskutiert. Ebenfalls redeten wir über die Gestaltung unserer Zusammenarbeit, (hochschul-)politische Ziele und deren Umsetzung. Aus diesen Debatten ist unser Kollektiv hervorgegangen, mitsamt dem Programm, welches ihr nun vor euch habt. Die vorherigen Kollektive haben selbstkritisch auf ihr ungleiches Geschlechterverhältnis hingewiesen. Wir haben uns von Anfang an mit dem Ziel getroffen, das Vorhaben einer Geschlechterparität umzusetzen und sind stolz darauf, ein diverses Kollektiv aufgestellt zu haben.

In der kommenden Legislatur möchten wir die Vertretung der Studierenden durch den AStA mit den folgenden Referaten organisieren: Hochschulpolitik Innen, Hochschulpolitik Außen, Internationales, Soziales, Presse & Öffentlichkeit, Politische Bildung, Finanzen und Kasse.

Genau wie die vergangenen ASten verstehen wir uns als Kollektiv. Aufgrund der umfassenden Aufgaben, die vor uns liegen, glauben wir, dass die Arbeit im Kollektiv die bestmögliche Herangehensweise ist. Kollektivarbeit ermöglicht eine enge Zusammenarbeit und auch die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse. Außerdem wollen wir konsensual und parteiunabhängig Entscheidungen treffen. Konsensentscheidungen ermöglichen uns, antiautoritär und mit gutem Gewissen Entscheidungen treffen zu können, da sie auf dem Austausch verschiedener Meinungen beruhen und solche berücksichtigen. So können wir gewährleisten, dass Bedenken und Wünsche aller berücksichtigt werden und niemand übergangen wird. Die Räume des AStA sehen wir keinesfalls als interne Örtlichkeiten, sie sollen allen Studierenden offenstehen. Dieses Angebot wollen wir in unserer Legislatur ernst nehmen und ausbauen. Studierende sollten die Universität als greifbare Institution sehen und

sie aktiv mitgestalten. Daher haben studentische Freiräume eine große Bedeutung für uns. Sie bieten eine Möglichkeit für studentische Selbstorganisation, welche wir gerne unterstützen. Außerdem sollten diese Freiräume möglichst diskriminierungsarm gestaltet werden. Natürlich vertreten wir den freiheitlichen Anspruch der studentischen Selbstorganisation. Momentan gibt es folgende Freiräume, die zum AStA gehören: das Stumpf, der Elchkeller, die HanOMacke und das 14. OG im Conti-Hochhaus.

## 1. Was ist der Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA)?

Die Hochschulpolitik lässt sich in ihren Gremien teilweise mit einer parlamentarischen Demokratie, wie man sie beispielsweise aus der deutschen Politik kennt, vergleichen. Der Studentische Rat (StuRa) besteht aus von den Studierenden gewählten Vertreter\*innen und gleicht einem Landes- oder Bundeparlament. Dort werden unter anderem Anträge diskutiert und Beschlüsse gefasst, welche das Hochschulleben der Studierenden betreffen, weshalb der StuRa als legislatives Gremium bezeichnet werden kann. Wo es Anträge und Beschlüsse gibt, ist ein ausführendes Organ - sozusagen die Exekutive - notwendig, welches in unserem Universitätskontext als AStA bezeichnet wird. Der AStA vertritt die Interessen der Studierenden der LUH innerhalb wie außerhalb der Universität z.B. gegenüber der Politik, Verwaltung etc. Dabei führt er die bereits angesprochenen Beschlüsse des StuRa aus, kümmert sich um laufende Geschäfte und schafft ein Angebot für die Belange und Interessen der Studierenden, welches von der Universität nicht gestellt wird. Zu Beginn des Wintersemesters organisiert der AStA zusammen mit den Fachräten die Begrüßung der neuen Studierenden und bietet für alle Erstsemesterstudierenden eine Anlaufstelle zur Orientierung im Studium. Außerdem organisiert der AStA zum Beispiel das Landesweite Semesterticket, bietet eine Hochschul- & Studienberatung sowie eine BAföG- & Sozialberatung an, kümmert sich gesondert und über das Referat für Internationales um Belange ausländischer Studierender - denen der Weg an die Universität und auch während des Studiums besonders schwer gemacht wird -, verwaltet studentische Freiräume, vergibt Darlehen, verwaltet den Semesterticketausfallfonds, sorgt für das Alternative Vorlesungsverzeichnis, koordiniert kreative Kurse, setzt einen Schwerpunkt auf Antidiskriminierungsarbeit mit Veranstaltungen wie dem festival contre le racisme (fclr) oder den UniSex-Hochschultagen und vieles mehr. Selbstorganisation, sowohl individuell als auch im Kollektiv, halten wir für besonders unterstützenswert, da sie die Solidarität unter den Studierenden stärkt und die Eigenständigkeit fördert. All diese Aufgaben möchten auch wir als Kollektiv weiterführen und weiterentwickeln. Wir sehen den AStA und die Studierenden als Teil der Gesellschaft, denn Studierende befinden

sich keineswegs in einer Blase um die Universität. Auch Studierende haben mit all den Problematiken, welche eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft mit sich bringt, zu kämpfen - wie beispielsweise mit finanziellen Dilemmata, sozialer Ausgrenzung und Leistungsdruck. Daher wollen wir gegen autoritäre, hierarchisch sowie patriarchal organisierte Strukturen an der Universität – aber auch außerhalb davon – und gegen die ihnen zugehörigen diskriminierenden Denkmuster angehen. Auch sehen wir den AStA als kritische Stimme der Studierenden und wollen ein Sprachrohr schaffen, durch welches ihre Belange an Gremien wie das Präsidium und den Senat herangetragen werden können. Dazu wollen wir als Kollektiv auch in der kommenden Legislatur eng mit den studentischen Senator\*innen und allen anderen studentischen Gremien zusammenarbeiten. Durch die Arbeit als Kollektiv können wir gewährleisten, Hierarchien zu vermeiden. Außerdem lassen sich individuelle Stärken nutzen und kombinieren. Zudem lässt sich so eine Entlastung Einzelner schaffen. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Gemeinsam können wir viel bewegen!

## 2. Nichtsemester einführen- gegen ein verbindliches Online-Semester

Aufgrund der bestehenden COVID-19-Situation wollen wir uns zu den Maßnahmen des Kultusministeriums und der Universitäten positionieren. Wie das bisherige Kollektiv sprechen auch wir uns für ein sogenanntes "Nichtsemester" aus. Dadurch, dass sowohl für Lehrende als auch für uns Studierende die Situation völlig neu ist, wird es zwangsläufig zu Problemen kommen. Es kann nicht garantiert werden, dass alle Personen Zugriff auf das E-Learning-System haben. Die Rahmenbedingungen sind nicht ansatzweise für alle gleich. Es fehlt sowohl von Seiten der Universität als auch von Seiten der Studierenden an Strukturen, um die notwendige Umsetzbarkeit für alle Betroffenen zu gewährleisten. Seit Jahren hapert es mit der Digitalisierung an der Universität. Bspw. müssen Studienleistungsnachweise o.ä. teilweise immer noch analog mit einem Zettel eingereicht werden, darüber hinaus fehlt es leider auch an technischem Know-How seitens der Dozierenden und der Studierenden. Zusätzlich zu den technischen Herausforderungen leben Seminare von studentischer Beteiligung und Praktika erfordern Labore und physische Anwesenheit. Diese Liste von Problemen könnte noch unendlich weiter ausgeführt werden und verdeutlicht die Dringlichkeit eines "Nichtsemesters". Generell sprechen wir uns für ein online-basiertes Lehrangebot aus, um Studierenden die Möglichkeit zu geben, an der Lehre teilzunehmen. Das darf allerdings nicht aus Zwang geschehen, wenn die Strukturen noch nicht zuverlässig sind, um ein vernünftiges Semester zu gewährleisten. das den vergangenen gegenüber gleichwertig ist. Wenn Studierende nicht dieselben Möglichkeiten zum Abschluss von Modulen haben wie sonst, dürfen ihnen auch nicht

dieselben Nachteile drohen, sollten sie etwas nicht abschließen können. In der Hinsicht halten wir es für wichtig, die in nächster Zeit aufkommenden Angebote und Vorschläge zum Erbringen von Prüfungsleistungen, vor allem zu Onlineklausuren, kritisch zu begleiten.

Lehrende und Studierende, die Care-Verpflichtungen in Form von zivilgesellschaftlichem Engagement, Nachbarschaftshilfe oder verbindlichen Tätigkeiten wie Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder Homeschooling haben, dürfen keine Nachteile durch ihre Verpflichtungen erfahren.

Durch derartige Umstände kann eine verbindliche Teilnahme an Online-Lehrangeboten nicht immer gewährleistet werden. Da Care-Arbeit nicht einfach ausgesetzt werden kann, um ein "erfolgreiches" Semester absolvieren zu können, fordern wir, das vom Präsidenten der Uni geforderte solidarische Verhalten auch in dieser Beziehung umzusetzen. Das bedeutet einen Nachteilsausgleich zu schaffen für alle Personen an der Uni, die aufgrund der aktuellen Lage nicht vollständig an einem regulären Studium teilnehmen oder lehren können.

Ein Nachteilsausgleich bedeutet für uns, das angesprochene "Nichtsemester" zu schaffen, also ein Semester auf freiwilliger Basis, indem es möglich ist, Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen, welches jedoch nicht als reguläres Semester im Studienverlauf gewertet wird.

Darüber hinaus setzte der Nachteilsausgleich für uns voraus, dass Studierende, Mitarbeitende und Lehrende an der Uni, die aufgrund der genannten Situation in finanzielle Notlage geraten, möglichst schnell unbürokratische finanzielle Hilfe erhalten können. Das bedeutet im Konkreten z.B. die BAföG-Zahlungen trotz fehlender Nachweise für das Semester aufrechtzuerhalten. Allein für die BAföG-Nachweise ist eine Nichtbeachtung des Semesters im Studienverlauf essenziell.

Ferner trifft die momentane Lage besonders internationale Studierende hart. Die bereits ohnehin existierenden widersprüchlichen und benachteiligenden Finanzierungsnachweise für internationale Studierende erhöhen den Druck immens und sind nicht zu halten. Solche Nachweise müssen mindestens bis zum Ende der Pandemie ausgesetzt werden!

Dass das Modell des Nichtsemesters möglich ist, zeigt die Uni Frankfurt. Hier ist für das nächste Semester unter anderem die Regelstudienzeit ausgesetzt, es gibt keine semestergebundenen Fristen, und die BAföG-Zahlungen werden um ein Semester verlängert - unabhängig von Leistungsnachweisen.

Wir schließen uns der Initiative des Solidarsemesters an und fordern einen Sommer der Solidarität, in dem wir gemeinsam die Herausforderung der Krise angehen und strukturelle Entlastung gewährt sowie Leistungsdruck von ALLEN Seiten ausgesetzt wird.

### 3. Mitbestimmung & Interessenvertretung stärken

Studentische Mitbestimmung und eine starke Interessenvertretung sind für uns alle wichtige Güter. In den vergangenen Jahren ist es immer wieder dazu gekommen, dass die Universitätsverwaltung über studentische Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen hat. Spürbar war das nicht nur in den Studienkommissionen und Fakultätsräten, sondern auch in den einzelnen Studiengängen. Durch starke Demonstrationen hat die Studierendenschaft dabei oft gezeigt: wir wollen mitbestimmen! Damit diese positive Einstellung verstärkt wird, ist es wichtig, dass wir als AStA weiter präsent sind und euch in diesem Kampf unterstützen. Selbstverständlich werden wir im StuRa für euch anwesend sein, um euch Rede und Antwort zu stehen sowie über unsere aktuelle Arbeit zu berichten.

Wie auch in den vergangenen Jahren möchten wir die enge Zusammenarbeit mit den studentischen Senator\*innen weiterführen. Der Senat ist für uns das wichtigste akademische Gremium an dieser Universität, denn dort werden wichtige Entscheidungen kommuniziert, diskutiert und abgestimmt. Nur durch eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit können wir gewähren, immer up-to-date und bereit für mögliche auftretende Probleme für die Studierendenschaft zu sein. Darüber hinaus möchten wir auch eine engere Vernetzung zwischen den studentischen Vertreter\*innen der Fakultätsräten ermöglichen. Oftmals arbeiten diese an denselben Problemen, ohne miteinander in Kontakt zu treten. Regelmäßige Treffen (möglicherweise ebenfalls online oder per Telefonkonferenz) sowie ein gemeinsamer Verteiler sollen diesem vorbeugen und die Zusammenarbeit stärken.

In der kommenden Legislatur wollen wir außerdem die enge Zusammenarbeit mit Fachräten und Fachschaftsräten weiter ausbauen. Dabei hoffen wir, die Fachschaftenkonferenz noch besser bewerben zu können, um ein vielseitigeres Feedback aus den Fakultäten zu bekommen. Mit Blick auf das "Online-Semester" werden wir uns neue Konzepte überlegen müssen, um allen Studierenden eine Mitarbeit zu ermöglichen. Möglich sind auch hier Online- oder Telefonkonferenzen. Mit den neuen Herausforderungen wird die Studierendenschaft vor neue Herausforderungen gestellt - Fachräte und Fachschaftsrate werden wichtiger als je zuvor sein, denn wir erwarten leider chaotische Zustände geprägt von viel Ungewissheit. Wir wollen den Fachräten und Fachschaftsräten so gut wie nur möglich mit Rat und Tat zur Seite stehen, um Probleme zu lösen. Selbstverständlich bedeuten diese Herausforderungen auch eine engere Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Universität sowie dem Präsidium. Wir werden diesen

Kontakt eng halten und dafür sorgen, möglichst viele Informationen schnell und sicher an euch zu bringen.

Eine besorgniserregende Situation bezogen auf die studentische Mitbestimmung herrscht nach wie vor am Zentrum für Hochschulsport. Nachdem im vergangenen Jahr studentische Gremien ordnungswidrig übergangen und studentische Vertreter\*innen zum Schweigen aufgefordert wurden, hat sich dort mit der Unterstützung des letzten Kollektivs eine Gegenbewegung gebildet. Vorhandene Gremien konnten gestärkt und die Sportreferent\*innen in ihrer Arbeit ermutigt und stark unterstützt werden. Diese erfreuliche Entwicklung gilt es trotz der wechselnden Gesichter sowohl im AStA als auch im Sportreferat weiter voranzutreiben. Es gibt Grund zur Sorge, dass es auch im kommenden Jahr neue und verstärkt geführte Angriffe auf die studentische Mitbestimmung und Selbstverwaltung am Zentrum für Hochschulsport geben wird. Wir werden deshalb die intensive Zusammenarbeit weiterführen und fortgesetzt für eine Vernetzung der Strukturen der Verfassten Studierendenschaft mit denen des ZfH sorgen. Die Vernetzung und Absprachen zwischen den hannoverschen Studierendenschaften sollten verbessert werden und standardmäßig in den Gremien des ZfH mit geeinter Stimme für die Studierenden sprechen. Hierfür bieten wir dem neu gewählten Sportreferat unsere Unterstützung an. Zudem fordern wir von ZfH und Uni, unbedingt die Autonomie der obleuteversammlung zu respektieren und die Informationsrechte der Studierenden in Zukunft nicht weiter zu beschneiden. Es muss sofort ein respektvoller Umgang mit Vertreter\*innen der Studierendenschaft hergestellt werden, damit ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden kann. Die momentanen Zustände sind nicht haltbar; wir setzen uns daher weiter und natürlich auch aus den bekannten Sachgründen für deutliche Änderungen an der Entgeltordnung des ZfH ein.

Eine Interessenvertretung unserer Studierendenschaft findet auch auf überregionaler Ebene statt. Hier ist zurzeit vor allem anderen auf die Arbeit der LandesAstenKonferenz (LAK) hinzuweisen, die sehr gut vorankommt. Wir wollen das weiterführen und in Zukunft auch die Weiterentwicklung ihrer Strukturen und Angebote vorantreiben. Studierende brauchen eine starke, gemeinsame und solidarische Stimme gegenüber der Politik, besonders auf Landesebene. Grundsätzlich bestehen hier aber auch Aufgabenfelder, die der freie Zusammenschluss von Student\*innenschaften (fzs) derzeit nicht mehr angemessen bearbeitet. Wir unterstützen den vom vorherigen Kollektiv angestrebten Austritt aus dem fzs. Dieser Dachverband hat durch die vergangenen Ereignisse gezeigt, dass er nicht mehr handlungsfähig ist, geschweige denn dass dort überhaupt vernünftige politische Diskurse geführt werden

könnten. Der Verband dreht sich um sich selbst spätestens, wenn versucht wird, statt einer ernsthaften Auseinandersetzung nur Kritiker\*innen mundtot zu machen, hat er seine ursprünglichen, einmal unterstützenswerten Prinzipien mit Karacho vom Tisch gefegt. Die massiven personellen und finanziellen Kapazitäten, die wir als Studierendenschaft in einen gebrochenen fzs stecken, sollten in andere Möglichkeiten investiert werden. Das kann einerseits die LAK sein, andererseits aber auch weitere bestehende und noch nicht bestehende Initiativen. Die Kampagne Lernfabriken Meutern beispielsweise ist aktuell noch getragen vom fzs, mit den entsprechenden Bündnispartner\*innen ließe sich aber möglicherweise etwas Gleichwertiges neu entwickeln. Der fzs zumindest muss nun daran arbeiten, seine horrenden strukturellen Probleme bezüglich Sexismus, der Diskussionskultur und der Machtpolitik einzelner in den Griff zu bekommen. Dann könnte sich für uns Studierende auch wieder eine Grundlage entwickeln, die eine Mitgliedschaft rechtfertigt. Nach Gesprächen mit dem letzten Kollektiv wurde uns klar, dass in der gegebenen Situation jede weitere Anstrengung vergebens wäre. Es wurde über einen extrem langen Zeitraum alles mögliche versucht, nur zeigen die Ergebnisse, dass der einstmals emanzipatorische, sinnvolle Verband mit einem gewissen Eigenanspruch auf dem Weg ist, zur einem untoten Zombie-Verein zu verkümmern.

#### 4. Studentische Freiräume

Wer schon eine Weile in der Hochschulpolitik aktiv ist, hat ein Gefühl dafür, wie erkämpft viele unserer studentischen Freiräume sind. Dabei sind diese oft der Mittelpunkt der studentischen Selbstverwaltung und vieler ehrenamtlicher Beratungs- und Hilfsangebote. Freiräume zu erhalten ist ein ewiger Kampf. Wir möchten die engagierten Menschen, die in und an diesen Räumen arbeiten, nach unseren Möglichkeiten unterstützen. In der Regel geschieht das über Gelder durch Finanzanträge, die dort sicherlich gut angelegt sind. Wir bieten aber auch an, den Erhalt oder die Neugründung von Freiräumen gegenüber Universität und Präsidium zu vertreten. Auf institutioneller Ebene wollen wir uns wie die Vorgängerkollektive weiterhin für die Einrichtung mehr studentischer Arbeits- und Aufenthaltsräume einsetzen. Leider ist es üblich, dass unsere Forderungen regelrecht verpuffen, was beispielsweise die Entwicklung des mindestens seit 2016 angekündigten Umzugs der AStA-Räumlichkeiten auf eine größere und weniger auffällige Fläche zeigt. Es hat sich leider überhaupt nichts getan. Im Prinzip hat die Vergangenheit gezeigt, dass sich Freiräume genommen werden müssen. Manche der momentan studentisch verwalteten Räumlichkeiten sind ursprünglich besetzt worden. Sein es nun Arbeits-, Fachschafts- oder andere Freiräume: wir fordern mehr davon von der Universität, denn der Bedarf ist da!



Diskriminierendes, übergriffiges Verhalten ist bittere gesellschaftliche Realität und auch im universitären Kontext präsent. Die Notwendigkeit des Erhalts und Ausbaus studentischer Freiräume ist deshalb besonders dringlich. Durch ihren antidiskriminierenden Grundsatz bieten diese Räume einen Schutzraum für potenziell Betroffene. Hier finden sie Gehör für Ihre eigene Sicherheit und ihre Wünsche.

Wir als AStA Kollektiv wollen eine Universität, in der kein Platz für Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und anderes diskriminierendes Verhalten geboten wird. Dafür wollen wir sowohl den Kampf für eine verbindliche Antidiskriminierungsordnung fortführen (siehe 5.1) als auch die studentischen Freiräume weiterhin unterstützen und stärken. Die Freiräume bieten Gelegenheit, Angebote für Studierende zu erweitern. Dazu gehören auch die Nutzung von Räumen der Universität, um Veranstaltungen, Arbeitskreise oder ähnliches stattfinden lassen zu können, oder die Versicherung für Partys, welche durch den Vertrag an die Grundsätze der Antidiskriminierung gebunden ist. Dazu gehört, bei einer Party eine „Awareness-Struktur“ bereitzustellen. Das heißt, es gibt eine Struktur, die auf Partyveranstaltungen für Personen, die Grenzüberschreitungen erleben oder belastende Erfahrungen machen mussten, ansprechbar ist. Alle Studierenden haben so die Möglichkeit, in ihrem Interesse vielfältige Angebote zu nutzen, bei denen wir sie als AStA unterstützen, aber sich gleichzeitig auch für Strategien gegen Diskriminierung zu sensibilisieren und Verantwortung für die Umsetzung zu übernehmen.

## 5. Freie und selbstbestimmte Bildung

In den letzten Jahren hat es immer wieder Vorfälle der Anwesenheitskontrolle an unserer Uni gegeben, weshalb Studierenden schon bei Fällen von Abwesenheit keine Credit Points angerechnet wurden. Diese Vorfälle stehen für uns für eine Lehre, welche autoritär funktioniert und viele Studierende zusätzlich unter Druck setzt, anstatt die Bedürfnisse der Studierenden und ihre Lebensrealität zu respektieren. Wir stellen uns Bildung an Universitäten frei von Leistungszwang vor. Doch der Leistungszwang wird durch das neoliberale Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft immer weiter erhöht, was sich auch in den Überlegungen zur kommenden Musterprüfungsordnungsänderung zeigt. Die Forderung nach einer verbindlichen Zu- oder Absage für einen bestimmten Prüfungstermin am Anfang eines Semesters steht für uns für eine Verschärfung der Kontrolle und Leistungszwänge, in denen individuellen Konstitutionen keinen Raum gelassen wird. Sowohl die Änderung der Musterprüfungsordnung als auch die Anwesenheitspflicht sorgen so für eine weitere Zunahme der Bildungsungleichheit in der Studierendenschaft, da Studierenden, die sich ihr Studium und ihren Lebensalltag selbst finanzieren müssen, die Möglichkeit erschwert wird, die zum Leben nötige Erwerbsarbeit

neben dem Studium zu leisten. Darüber hinaus werden in der Konsequenz auch studierende Eltern, Menschen mit vermeintlicher Behinderung und/oder anderen Einschränkungen benachteiligt. Die Universität gleicht so immer mehr einer neoliberal-kapitalistischen Lernfabrik, anstatt als Ort der freien, selbstbestimmten Bildung zu dienen. Wie bereits unter Punkt 2 erwähnt, begrüßen wir eine kritische Begleitung der Prüfungsordnungen bzgl. der aufkommenden Online-Lehre und von bereits existierenden Prüfungsangeboten. Das Thema bietet sich auch für die Arbeit im Bündnis für studentische Belange an. Wir möchten die AStA-Präsenz dort fortsetzen und auch nach der Änderung der Musterprüfungsordnung dort das Engagement am Leben erhalten und unterstützen.

Wir stellen uns Bildung an der Universität als frei von kapitalistischen Verwertungszwängen und patriarchalen Machtstrukturen vor, um so eine selbstbestimmte Bildung für alle anzustreben. Diese Form von Bildung wollen wir mit Veranstaltungsreihen und Workshops sowohl für die allgemeine Studierendenschaft als auch explizit für die Mitglieder hochschulpolitischer Gremien stärken. Wir wollen eine Uni, an der sich gegen jegliche Form von Diskriminierung positioniert wird. Deswegen sehen wir es als unsere Aufgabe an, ein Bildungsangebot zu schaffen, welches der Studierendenschaft den Zugang zu Themen wie Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus, Nationalismus, Rassismus, Homophobie, Faschismus, Kapitalismus etc. ermöglicht und durch ein niedrigschwelliges Bildungsangebot erleichtert. Dazu wollen wir bestehende Veranstaltungsreihen wie die Alternativen Einführungswochen (Welcome to the Jungle), das Alternative Vorlesungsverzeichnis, und die UniSex-Tage weiterführen und vielfältig gestalten. Im Folgenden stellen wir euch ein paar Themen vor, denen wir allgemein eine große (hochschul)politische Relevanz zusprechen.

### 5.1 Gegen patriarchale Strukturen - für den Feminismus

Im Alltagsverständnis vieler Menschen ist die Gleichberechtigung der Geschlechter schon längst vollzogen und steht nicht mehr zur Debatte. Die aktuellen Entwicklungen zeugen vom Gegenteil.

Die mit dem Einzug des Neoliberalismus einhergehenden Veränderungen - den Einbezug der Frau\* in die kapitalistische Verwertungslogik - haben im Familienleben sowie in der Arbeitswelt große Auswirkungen: Frauen\* nehmen am Arbeitsmarkt teil, verlassen die häusliche Sphäre und nehmen stärker am gesellschaftlichen und politischen Leben teil. Männern droht damit der Verlust der Vormachtstellung - im ‚Privaten‘ der Familie sowie auf

dem Arbeitsmarkt, in der Politik, Kultur etc. Anstatt diese Entwicklungen als Anlass zur Überwindung tradierter Unterdrückungsmechanismen zu nehmen, werden durch die Sozialisation internalisierte Werte und Normen Grundlage für autoritäre Bestrebungen. Fürsorge bleibt, trotz der Teilnahme der Frau\* am Arbeitsmarkt, eine „weibliche Tätigkeit“.

Die gesellschaftliche Realität zeigt, dass wir ein Aufkommen reaktionärer Tendenzen zu verzeichnen haben: tradierte Geschlechterrollen bleiben bestehen, Feminismus wird zur Projektionsfläche neoliberaler Entwicklungen und antifeministische Strömungen finden auch in der Uni eine Plattform. Das zeigt sich unter anderem an der vehementen Ablehnung geschlechtergerechter Sprache durch manche und in männerbündischen Strukturen in Form von Burschenschaften und Verbindungen an der Leibniz Universität.

Durch die Proklamierung von heterosexuellen Beziehungen zwischen Frau und Mann wird eine Heteronormativität (re)produziert und als Norm festgeschrieben. Geschlechter werden als naturgegeben beschrieben und dem jeweiligen Geschlecht werden aufgrund dessen bestimmte Aufgaben zugewiesen. Damit einhergehend verstärken sich sexistische Denkmuster, Homophobie und anderes diskriminierendes Verhalten.

Wir sehen die Kategorie Geschlecht als gesellschaftlich konstruiert an. Geschlechterrollen sind kulturell geprägt und unterliegen einem historischen Wandel. Die gesellschaftlich dominierende Argumentation der Zweigeschlechtlichkeit nach biologischen Vorzeichen ist deshalb eine, mit der gebrochen werden kann und mit der wir brechen wollen.

**Patriarchale und diskriminierende Strukturen an der Universität und außerhalb gilt es aufzudecken, zu benennen und zu bekämpfen.**

Deshalb wollen wir bereits bestehende Konzepte weiter unterstützen. Dazu gehören das Autonome Feministische Kollektiv (AFK), welches als autonome Struktur in der Satzung der Verfassten Studierendenschaft der LUH festgeschrieben ist. Das Kollektiv versucht die Selbstbestimmung von Frauen\* zu stärken und auf andere aufgedeckte Ungleichheitsstrukturen und Sexismen aufmerksam zu machen. Durch Aktionen und Veranstaltungen des AFK sollen sich auch Männer\* angesprochen fühlen.

In der kommenden Legislatur wollen wir mit einer antisexistischen Struktur zusammenarbeiten, um Workshops und Veranstaltungen für vor allem männliche Studierende anzubieten, in denen die eigene Auseinandersetzung im Patriarchat fokussiert werden soll. Wir wollen unter anderem

dazu anregen, sich in antipatriarchalen Gruppen zu organisieren, um eigenes Verhalten selbstkritisch zu reflektieren und profeministische Zusammenhänge zu stärken. Konkret soll es zum Beispiel um das eigene Redeverhalten in Seminaren und Vorlesungen gehen und erläutert werden, wie es möglich ist, zu einer pro-feministischen und möglichst solidarischen Diskussionsatmosphäre beizutragen.

Außerdem wollen wir vorhandene Anlauf- und Beratungsstellen stärken und öffentlicher repräsentieren, sodass Betroffenen von diskriminierendem, übergriffigem Verhalten solidarischer Beistand und Hilfestellungen geboten werden können. Die Sachbearbeitungsstellen für Frauen\*- & Geschlechterpolitik sowie Queerpolitik sind zwei der genannten Anlaufstellen. Wie im letzten Jahr werden auch in dieser Legislatur diese Stellen die UniSex-Hochschultage organisieren. Deren Programm soll Studierenden die Möglichkeit geben, sich mit den verschiedenen Bereichen innerhalb des Themenkomplexes auseinanderzusetzen, unabhängig davon, ob Vorkenntnisse vorhanden sind oder nicht. Auch die in der Vergangenheit u.a. in der Vollversammlung diskutierte Thematik zu Unisex-Toiletten an der Universität möchten wir weiterverfolgen.

Reproduktion patriarchaler Strukturen an der Uni lässt sich u.a. daran erkennen, dass es in der Historie der Führungspositionen an der Uni bereits 48 Rektoren, zwei Direktoren und drei Präsidenten gab; wohlgemerkt alle männlich. Wir als AStA halten es daher für unbedingt notwendig, dass die nächste Präsident\*in der Uni nicht cis-männlich sein darf sein oder eine zweigeschlechtliche Doppelpräsident\*innenschaft dauerhaft eingeführt werden muss.

Wir möchten als AStA vertrauensvolle Ansprechpartner\*innen sein für Betroffene von Diskriminierung. Wer mit einem Problem zu uns kommt, erhält alle Hilfe, die in unserer Macht steht. Doch gerade das letzte Jahr hat gezeigt, dass die Möglichkeiten, die die Verfasste Studierendenschaft als Ganzes in diesem Bereich hat, extrem beschränkt sind. Es gibt in keiner Weise eine Handhabe gegenüber einzelnen Organen, den Umgang mit Diskriminierungsformen zu vereinheitlichen. Das hat in jüngster Vergangenheit dazu geführt, dass Menschen leiden mussten, da in der Hinsicht unerfahrene und unbelehrbare Personen ihr eigenes Ding im Umgang mit einem Fall von Übergriffigkeit gemacht haben, wodurch sich das Ganze zu einer Katastrophe für die betroffene Person ausgewachsen hat. Um etwas Derartiges für die Zukunft auszuschließen, führen wir den Kampf für eine verbindliche Antidiskriminierungsordnung innerhalb der Verfassten Studierendenschaft fort. Der 15. Studentische Rat war bedauerlicherweise außerstande, eine Satzungsänderung diesbezüglich umzusetzen. Die

erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde durch das Fehlen vieler Mitglieder und aufgrund einer extremen Minderheit an Gegenstimmen verpasst. Das hatte unter anderem eine Rüge durch die Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft zur Folge, die den Auftrag an den AStA enthielt, sich erneut für eine Umsetzung der Ordnung zu engagieren. Das scheidende Kollektiv hatte hiermit schon begonnen und auch wir sehen uns dem Beschluss verpflichtet. Es wäre ein kleiner Schritt zur tatsächlichen und verbindlichen Verbesserung der Situation von Betroffenen übergreifigen Verhaltens.

## 5.2 Das "festival contre le racisme" - gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus

Das festival contre le racisme, „Hannovers Festivalreihe gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus“, kurz fclr, ist wohl mit den größten Veränderungen in diesem Jahr unterworfen. Das liegt an der aktuellen Corona-Pandemie, die eine Durchführung wie gewohnt leider verunmöglicht. Das fclr ist eine Institution an unserer Uni. Jedes Jahr bespaßt es einerseits viele Menschen mit dem großen Festival-Auftakt, andererseits trägt es aber auch einen enormen Teil zur politischen Bildungsarbeit des AStA bei, da sich durch die mehrwöchige Veranstaltungsreihe eine Vielzahl an Menschen weiterbildet in ihrem politischen Verständnis von zuvor genannten Problemfeldern.

Die derzeitige Situation verlangt uns nun leider ein Umdenken ab. Das Verbot von Großveranstaltungen bis Ende August verhindert für 2020 den übergroßen Teil des Festivalsommers, aber hauptsächlich wäre es natürlich ein unverantwortbares Risiko für alle Teilnehmenden, eine derart große Veranstaltung durchzuführen. Eine sichere Umsetzung des Festival-Auftakts kann nicht gewährleistet werden. Dennoch sollte es das Ziel sein, die Veranstaltungsreihe so wie es bis dahin umsetzbar ist möglich zu machen. Wie sich der Verlauf der Pandemie bis Mitte/Ende Juni entwickelt, ist aktuell noch nicht abzusehen. Ob die politischen Bildungsveranstaltungen also online stattfinden können oder anders, wird sich mit der Zeit erst ergeben. Mehr kann hier dann auch vorerst nicht dazu gesagt werden. So oder so werden wir aber wie das Vorgängerkollektiv die Vorbereitungen für das fclr 2021 durchführen, um so im nächsten Jahr zu alter Form zurückzufinden.

Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus und die Arbeit dagegen sind Themen, die seit jeher aktuell sind und sich leider auch alle Jahre wieder als Untertitel für unsere Reihe anbieten. Wir wollen die Menschen dafür sensibilisieren, um einen Teil beizutragen zu einer Welt ohne

Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Auch, wenn das felr in diesem Jahr nicht wie gewohnt stattfinden kann, werden wir die dadurch ggf. freiwerdenden Kapazitäten auf anderem Wege für den Kampf gegen rassistische, faschistische und antisemitische Strukturen einsetzen.

### 5.3 Kritik am Verbindungswesen

Auch das Engagement gegen Burschenschaften und Verbindungen ist Teil unseres Selbstverständnisses. Die Verfasste Studierendenschaft in ihrer heutigen Auslegung, vertreten durch die jeweiligen ASten, wurde gegründet als selbstorganisiertes Gegenkonzept zum Verbindungswesen. Damals ging es darum, auch nichtkorporierten Studierenden eine Vertretung zu ermöglichen. Heute sind die Abgründe noch gewachsen, da viele der aktuell existierenden Verbindungen auf archaischen Prinzipien des Überlegenheitsdenkens gegenüber dem weiblichen Geschlecht und generell gegenüber Nichtkorporierten bestehen. Gerade im Bereich der Burschenschaften verstehen sich bis heute noch etliche Gruppen als selbstverständlich politisch rechts. Es sind reihenweise Verbindungen von Burschenschäftern in organisierte rechte und ganz klar rechtsradikale Kreise bekannt, worunter auch diverse Verquickungen mit der Identitären Bewegung fallen. Mit der AfD findet momentan auch eine institutionelle Verknüpfung statt, die den sowieso schon existierenden Einfluss der selbsternannten „Eliten“ noch weiter ausbauen soll. Gerade in den vorgeblich „liberaleren“, gemischten, „unpolitischen“ Verbindungen distanziert man sich gerne von solchen „schwarzen Schafen“. Dennoch ist man Teil einer Organisationsform, die auf denselben Ursprung zurückgeht und die trotzdem – mal mehr, mal weniger – starke Überschneidungen zum Burschenschaftswesen aufweist. So oder so ist jede Verbindung immer noch eine exklusivistische Vereinigung, die der Idee einer für alle offenen und gleichwertigen Verfassten Studierendenschaft widerspricht. Ebenjene hat sich über ihre Gremien schon oft deutlichst von Burschenschaften und Verbindungen distanziert; dem schließen wir uns an. Es gibt noch vieles mehr zu diesem Thema zu sagen - wir möchten an dieser Stelle daher an den bald erscheinenden neuen Burschi-Reader hier aus Hannover verweisen, der das ganze Thema noch einmal deutlich ausführlicher behandelt.

## 5.4 Barrierefreiheit erhöhen!

Eine diskriminierungsfreie Universität bedeutet für uns auch, Barrieren abzubauen. Seit vielen Jahren steht dieses Thema auf der Agenda der Studierendenschaft, aber auch der Universität. Seit einigen Monaten arbeitet an der Universität die Arbeitsgemeinschaft Barrierefreie Universität. Im Laufe des Jahres 2020 wird diese AG ihre Ergebnisse vorstellen, die durch Vertreter\*innen der Verwaltung, Dozierende, Studierende, Gleichstellungsbeauftragte und viele andere konzipiert wurden. Wir wollen die Ergebnisse kritisch betrachten und in die Studierendenschaft tragen. In Vernetzung mit den verschiedenen Fachschaftsräten wollen wir an die Fakultäten gehen und dort genaue Probleme lokalisieren und dokumentieren - vielleicht sogar mit den Ergebnissen der AG verknüpfen. Problematisch ist auch, dass die vielen Hilfsangebote der Universität nicht allgemein bekannt sind. Wir wollen uns dafür einsetzen, die Angebote besser zu bewerben.

## 5.5 Gegen jeden Antisemitismus - Kein Vergeben, kein Vergessen

"Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube sie begründen zu müssen, noch zu sollen." Theodor W. Adorno

Antisemitismus hat in Deutschland historische Kontinuität. Allein im letzten Jahr gab es mehrere antisemitische Anschläge. Vor allem der Anschlag in Halle im Oktober 2019 hat gezeigt, dass Antisemitismus in Deutschland nach wie vor eine reelle Gefahr für Jüdinnen und Juden darstellt. Darüber hinaus gab es auch in Hannover einen Brandanschlag auf das Haus eines jüdischen Ehepaars im Mai 2019. Anschläge vor der "eigenen Haustür" verdeutlichen, wie aktuell und nah antisemitische Handlungen sind. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, rät inzwischen sogar davon ab, eine Kippa in der Öffentlichkeit zu tragen. Das Fehlen von konsequentem Handeln nach diesen Vorfällen seitens der Bundesregierung und das geplante Streichen der Fördermittel für die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) zeigen das mangelnde Interesse einer vernünftigen Aufarbeitung der deutschen Geschichte sowie Ignoranz gegenüber jüdischem Leben in Deutschland. Eine Studie des Jüdischen Weltkongresses 2019 zeigt, jede\*r 4. Deutsche hat antisemitische Gedanken. Nur 75 Jahre nach der Shoah sind Jüdinnen und Juden in Deutschland gezwungen über eine Auswanderung nachzudenken, weil Sie sich nicht mehr sicher fühlen.

Zusätzlich zum bereits existierenden Antisemitismus hat sich in den letzten Jahren ein zunehmender Antizionismus in allen möglichen politischen und gesellschaftlichen Ressorts entwickelt. Sei es die BDS-Kampagne, die Free Palestine-Bewegung oder die Identitäre Bewegung; Hass auf Israel und der Abspruch des Rechts auf einen Staat mit einer jüdischen Mehrheitsgesellschaft stoßen auf immer mehr Zustimmung. Antizionismus wird oft als "Israelkritik" getarnt. Dabei ist die vermeintliche "Israelkritik" ein vor doppelten Standards strotzendes Konstrukt. Während beispielsweise Erdogan in Nordsyrien einen Angriffskrieg führt, der von der breiten deutschen Öffentlichkeit unkritisiert bleibt, wird Israel als kriegstreiberisch dargestellt, wenn es sich gegen Angriffe der Hamas verteidigt.

Wir als Kollektiv fordern eine konsequente Haltung gegenüber jedem Antisemitismus in Zusammenarbeit mit der Studierendenschaft - entsprechend der eindeutigen bestehenden Beschlusslage "Gegen jeden Antisemitismus". Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, uns aktiv mit der vorherrschenden Situation auseinanderzusetzen und uns gegen sie zu wehren. Unser Anspruch ist es, wie im Abschnitt Bildung dargelegt, in der kommenden Legislaturperiode niedrighschwellige Angebote für die Studierenden im Rahmen der bereits bestehenden Veranstaltungen und darüber hinaus zu schaffen. Hier kann vor allem die Veranstaltungsreihe im Rahmen des fclr genannt werden. Die Veranstaltungen werden sich zum einen mit der deutschen Geschichte sowie wenn möglich explizit mit der Geschichte der Uni Hannover während der NS-Zeit auseinandersetzen. Zum anderen wollen wir aktuelle Formen von Antisemitismus und Antizionismus erklären und dekonstruieren, Stereotype aufklären und auflösen. Ein bereits existierendes Beispiel für solche Arbeit ist die jährliche Studienfahrt nach Krakau mit einer Besichtigung der Gedenkstätte in Oświęcim (Auschwitz). Dieses Projekt wollen wir unterstützen und gegebenenfalls weitere Studienfahrten zu Gedenkstätten ermöglichen. Dazu wollen wir gerne mit dem "Bündnis gegen Antisemitismus Hannover" sowie mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde zusammenarbeiten und diese unterstützen. Gerade in Zeiten des erstarkenden Nationalismus und Antisemitismus ist es um so wichtiger, sich mit jüdischem Leben in Deutschland zu solidarisieren.

Wir fordern: GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS! KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN!



## 6. Sachbearbeitungsstellen

Die Sachbearbeitungsstellen - kurz SB-Stellen - sind eine wichtige Stütze des AStA-Kollektivs. Ohne sie wäre der alltägliche Betrieb, sowohl bei Serviceleistungen als auch bei der inhaltlichen Arbeit, nicht möglich. Die Serviceangebote bestehen aus den verschiedenen Beratungen und Unterstützungsangeboten (Hochschul- und Studienberatung, die Angebote im Servicebüro, die Darlehensberatung, der Semsterticketausfallfonds und die Beratung der SB-Stelle Teilhabe). Sie halten den täglichen Betrieb durch Serviceleistungen und inhaltliche Arbeit am Laufen. Damit die Realisierung von verschiedenen Veranstaltungsreihen möglich ist, sind wir auf die inhaltlichen SB-Stellen angewiesen. Ob bei den Erstsemestertagen, beim fclr oder den UniSex-Hochschultagen - nur so können die unterschiedlichen Ansprüche an politische Aufklärung der Studierenden durch den AStA realisiert werden. Daher verstehen wir als Bewerber\*innenkollektiv die Menschen hinter den SB-Stellen nicht als Serviceleistende, sondern als aktive Mitglieder des AStA-Kollektivs, die den AStA maßgeblich mitgestalten. Denn ohne sie wäre der Alltag nicht ansatzweise im aktuell erreichten Umfang zu meistern. Die unterschiedlichen angesprochenen Bereiche unseres Programmes sowie die Serviceangebote wollen wir mit folgenden SB-Stellen planen und umsetzen:

- AStA-Druckerei
- Systemadministration
- Servicebüro
- Frauen\*-und Geschlechterpolitik
- Queerpolitik
- NEU: Antidiskriminierung
- NEU: Wissensweitergabe
- BAFöG- und Sozialberatung
- Geschäftszimmerdienst
- Darlehensbearbeitung
- Archiv
- Zivilklausel
- Ökologie und Nachhaltigkeit
- Akademische Selbstverwaltung
- Hochschul-und Studienberatung
- Semesterticket und Mobilität
- Semsterticketausfallfonds

- Medien und Technik
- Teilhabe
- Kritische Bildung
- Admission

### Vergabeverfahren

Mit dem Wissen um strukturelle Benachteiligung haben wir uns entschieden, SB-Stellen bevorzugt mit von Diskriminierung betroffenen Menschen zu besetzen. Das bedeutet, dass bei mehreren Bewerbungen auf eine Stelle bei gleicher Qualifikation Bewerber\*innen mit Diskriminierungserfahrungen

präferiert werden. Außerdem werden wir auch nach Möglichkeit auf die Vielseitigkeit der vertretenen Studiengänge achten.

Da wir als Kollektiv aus der Findungsphase nur einen Teil der unterschiedlichen an der Leibniz Universität angebotenen Studiengänge abbilden können, ist es uns wichtig, bei den SB-Stellen möglichst viele verschiedene Studiengänge abzudecken. Dies ist vor allem bei Beratungsangeboten wichtig, da viele Probleme oft sehr studiengangsspezifisch sind. Auch bei inhaltlichen Stellen ist eine Fülle an verschiedenen Studiengängen ein großer Vorteil, um viele verschiedene Perspektiven zu ermöglichen. Uns ist jedoch gleichzeitig bewusst, dass wir auf die Bewerber\*innenlage angewiesen sind. Ebenfalls wollen wir keine Studierenden aufgrund ihres Studiengangs bei gleichzeitig vorhandener Motivation und Qualifikation abweisen. Wir glauben, das vom Kollektiv 2017/18 erarbeitete Konzept zur transparenten Darstellung der Bewerbungen und der daraus erfolgten Auswahl ist sehr gut, auch in den letzten Jahren hat es sich bewährt. Daher wollen wir dieses Konzept bei der Wahl für die SB-Stellen nutzen. Wir erwarten von allen Bewerber\*innen die Auseinandersetzung mit unserem Programm und der Arbeit des AStA. Außerdem sollten sie sich mit der kollektiven Arbeitsweise anfreunden können. Eine weitere Voraussetzung ist eine Identifikation mit unseren (hochschul-) politischen Grundsätzen und Forderungen.

### Antidiskriminierung

Um der Forderung der Vollversammlung nach einer Antidiskriminierungsrichtlinie nachzukommen, wollen wir die SB-Stelle „Antidiskriminierung“ einführen, die sich mit der Richtlinie sowie weiteren Aufgaben in dem Themenfeld Antidiskriminierung auseinandersetzen soll.

Als Reaktion auf wiederholte Vorfälle sexualisierter Gewalt an der Universität (s. StuRa-Protokoll: 5. ordentliche Sitzung des 15. Studentischen Rats) wurde eine Handhabe zum Umgang mit Fällen von Diskriminierung und sexualisierter Gewalt gefordert, die die Handlungsfähigkeit der Organe der Studierendenschaft durch eine konzeptionelle Grundlage sicherstellt. Für einen effektiven Opferschutz sowie der Aufklärung von Vorfällen und der Durchsetzung daraus entstehender Konsequenzen sind einheitliche und verbindliche Regelungen unumgänglich.

Die SB-Stelle soll einerseits rechtliche Möglichkeiten prüfen und auf dieser Basis eine Richtlinie schaffen, die den Umgang und die Aufarbeitung solcher Diskriminierungsfälle klärt, und andererseits vorhandene Strukturen und Angebote an der Universität vernetzen, mit eigenen Angeboten ergänzen und daraus ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit ausarbeiten, das auch präventiven Charakter hat. Diese Konzepte sollen unter anderem mit den Stellen Frauen\*- und Geschlechterpolitik sowie Queerpolitik entworfen werden. Die Angebote sollen der gesamten Studierendenschaft zur Verfügung stehen, aber insbesondere an die Fachschaften herangetragen werden, damit sie im Umgang mit möglichen Fällen von sexualisierter Gewalt sensibilisiert und unterstützt werden.

#### Kürzung von zwei HSB-Stellen

Wir haben uns mit den SB-Stellen der Hochschul- und Studienberatung zusammengesetzt, um darüber zu sprechen, wie die Auslastung der Stelle in der letzten Legislatur aussah. Das Beratungsangebot wurde demnach weniger genutzt, sodass wir in Absprache mit den bisherigen Sachbearbeiter\*innen die Stellen von sechs auf vier gekürzt haben, um die Kapazitäten anderweitig einzusetzen. Mit den Sachbearbeiter\*innen der kommenden Legislatur soll dann ein Konzept ausgearbeitet werden, um das Angebot für die Studierenden zugänglicher zu machen.

#### Einrichtung von zwei SB Stellen zur Archivierung und Weitergabe von informellem Wissen im AStA

In den letzten Legislaturen hat sich herauskristallisiert, dass in den Punkten Organisation und Weitergabe von Wissen einiges verloren gegangen ist. Wie wir alle wissen, gibt es meistens einen Wechsel in den Referatsstellen nach Ende der Legislatur. Neue Referent\*innen stehen dann vor dem Problem, dass sie sich vieles erst mühsam aneignen müssen und dann durch die Informationsflut für die Nachfolger\*innen nicht alles weitergeben können.

Um dieses Problem abzumildern, braucht es zwei Ansprechpersonen, die Erfahrung mitbringen und die die Arbeitsabläufe des AStAs kennen. So könnte gewährleistet werden, dass keine

Mailzugänge verloren gehen, dass der Kontakt zu den Uni Institutionen kontinuierlich erhalten bleibt und dass Termine fristgerecht eingehalten werden können. Langfristig sollten die Informationen digital gesammelt werden, damit die neuen Kollektive darauf zurückgreifen können. Innerhalb einer Datenbank können Adressen und Kontakte inner- und außerhalb der Uni festgehalten werden. Die Einrichtung einer Cloud ist sinnvoll, um Termine zu speichern. Eine integrierte Erinnerungsfunktion könnte alle Referent\*innen und wenn nötig auch die SB-Stellen erreichen.

Zusätzlich gibt es Aufgabenbereiche, die nicht innerhalb einer Legislatur geregelt werden können und nicht in den Arbeitsumfang der Referent\*innen passen. Die Generalüberholung des Wikis ist ein solches Projekt das legislaturübergreifend angegangen werden muss.

Der Arbeitsumfang ist unser Planung nach bedeutend größer als für eine einzelne SB-Stelle, weshalb es zwangsläufig zwei SB-Stellen braucht. Die Aufgaben sind zeitlich begrenzt, sobald das informelle Wissen für kommende Kollektive zugänglich gemacht wurde und die Überholung des Wiki fortgeschritten ist, könnte der Arbeitsumfang von nur noch einer SB-Stelle ausgefüllt werden.

Geplante Aufgaben sind:

- Update und Generalüberholung des AStA-Wiki
- Zusammenfassung aller wichtiger und unwichtiger Termine des AStA
- Einrichtung einer Cloud mit Termin- und Erinnerungsfunktion, um alle Referent\*innen (und wenn nötig SB-Stellen) zu erreichen
- Einrichtung einer aktuellen Datenbank für Adressen und Kontakte inner- und außerhalb der Uni
- Co-Einarbeitung neuer Referent\*innen und SB-Stellen
- Aneignung, Ordnung sowie Verfügbarmachen von (informellem) Wissen
- Einarbeitung einer nachfolgenden Person

## 7. Einzelbewerbungen

### 7.1 Bewerbung auf das Referat für Hochschulpolitik Innen

Liebe Kommiliton\*innen,

mein Name ist Marcel und ich war bereits in der vergangenen Legislaturperiode Referent für Hochschulpolitik Innen als Teil eines tollen Kollektivs, einige von euch kennen mich wahrscheinlich schon aus der Zeit oder aus den Jahren davor, die ich in verschiedenen Gremien verbracht habe. Seit 2015 bin ich Teil der Hochschulpolitik an unserer Uni, in die ich seinerzeit über die Juso-Hochschulgruppe gefunden habe. Auf studentischer Seite war ich jahrelang im Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät und im Studentischen Rat aktiv, auf akademischer Seite wiederum zwei Jahre lang Mitglied der Senatskommission für Lehre. Im AStA hatte ich in der Legislatur 2016/17 die SB-Stelle für Distribution inne. Die gesammelten Erfahrungen wollte ich dann im vergangenen Jahr umsetzen in meinem AStA-Referat, was mir eine anstrengende, aber extrem spannende Zeit beschert hat.

Es gab leider für mich keine Einarbeitung in mein Referat, da mein Vorgänger ein halbes Jahr vor meiner Wahl aus dem Amt ausgeschieden ist, welches dann wiederum von seinem Kollektiv auf Sparflamme weitergeführt wurde. Die Aufgaben und Arbeit als Referent musste ich mir also mit Unterstützung meines Kollektivs selbst erarbeiten, was den „richtigen“ Start etwas verzögert hat. Für die jetzt anstehende Legislaturperiode 2020/21 gibt es nun diverse Projekte aus dem letzten Jahr, die mir sehr am Herzen liegen und die ich gerne weiterführen möchte. Unerwartet sehr viel Zeit beansprucht hat das Ringen um Gebühren im Hochschulsport, welches noch immer kein Ende gefunden hat. Ich möchte gerne die neu gewählten Sportreferent\*innen begleiten bei ihren ersten Schritten in der studentischen Interessenvertretung gegenüber dem Zentrum für Hochschulsport. Wir befinden uns mitten im Prozess, dem Senat unsere Änderungsvorschläge zu präsentieren. Dahinter stehen die Stimmen von euch mit den Beschlüssen des StuRa und der StuPas und ASten der anderen hannoverschen Hochschulen sowie die über 2.000 Stimmen der Menschen, die die Petition der Sporttreffis unterzeichnet haben.

Das nächste große Thema für mich ist die Abschaffung der Anwesenheitspflicht für die meisten Lehrveranstaltungen an der Uni. Die Studierendenschaft hat lange Zeit und immer wieder aufs Neue eine deutliche Beschlusslage dazu vertreten, die Landesregierung hat über die damalige

NHG-Novelle schon vor einigen Jahren einen Schlusstrich unter die allgemeine Anwesenheitspflicht gesetzt. Dennoch vertritt die Universität in Form des Präsidiums hier eine Position, die unserer Ansicht nach nicht akzeptabel ist. Gesprächsversuche diesbezüglich haben sich leider als ergebnislos herausgestellt, sodass ich im kommenden Jahr meinen Ende der vergangenen Legislatur gefassten Plan endlich umsetzen möchte, fakultätsübergreifend unserer Ansicht nach unzulässige Formen der Anwesenheitskontrolle zusammenzutragen und an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur zu melden. Dazu wird weiterhin die Unterstützung der Fachschaftsräte benötigt, was durch die Irren und Wirren der vergangenen Wochen vorerst in den Hintergrund gerückt ist. Gerade für das geplante Online-Semester stellen sich in der Hinsicht auch unzählige Fragen: was ist mit praktischen Seminaren, die eigentlich grundsätzlich noch einer Anwesenheitspflicht unterliegen dürfen? Werden Dozierende versuchen, auch im Online-Semester Anwesenheitskontrollen bei Seminaren und Vorlesungen umzusetzen? Kann das überhaupt mit dem Datenschutz vereinbar sein? Viele neue Aspekte, die das vorliegende Thema noch verkomplizieren, machen es aber gleichzeitig auch sehr interessant. Grundsätzlich ist es aber wichtig, mit Blick auf die Zukunft auch die bisherigen, konventionellen Probleme anzugehen, wenngleich sie auch im ersten Semester dieses Jahres nicht in der üblichen Form auftreten mögen.

Über diese zwei sich fortsetzenden Thematiken hinaus habe ich im vergangenen Jahr gelernt, dass man allzu viel für dieses Referat sowieso nicht planen kann. Die Angelegenheiten von HoPo Innen ergeben sich aus dem Tagesgeschehen und treten manchmal wie aus dem Nichts aus. Auf jeden Fall möchte ich versuchen, die studentische Vernetzung weiter voranzutreiben – hier gab es bereits erste Erfolge, auf denen aufgebaut werden sollte. Mir ist wichtig, die Aktivitäten des Bündnisses für studentische Belange zu unterstützen in ihrem Kampf gegen die Änderungen an der Musterprüfungsordnung. Es muss unbedingt darauf geachtet werden, dass im jetzigen Online-Semester studentische Mitbestimmungsrechte gewahrt werden und keine Agenda einfach schnell über Umlaufbeschlüsse erzwungen wird. Ein wichtiger Aspekt wird in diesem Jahr auch die Wissensweitergabe im AStA und in der Hochschulpolitik an sich sein, Ich bin froh, dass sich in der jetzigen Findungsphase ein gutes und engagiertes Kollektiv zusammenfinden konnte, von dem ich nochmal ein Teil sein darf. Damit das in Zukunft aber weiter funktioniert, sollten Ideen entwickelt werden, die „Nachwuchsarbeit“ und die Weitergabe von Kenntnissen zu verbessern. Zu oft verlassen Menschen mit viel Erfahrung die Hochschulpolitik und alles muss aufs Neue erarbeitet werden. Darüber hinaus werde ich selbstverständlich an Kollektivprojekten mitarbeiten; hier wird in diesem Jahr vor allem

interessant, ob und wie das fclr oder die Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft umgesetzt werden können. Es wird vermutlich nicht leicht, aber dafür mit Sicherheit ein spannendes Jahr.

Meine Einzelbewerbung ist Teil der Kollektivbewerbung des Findungsphasenkollektivs 2020/21, sie gilt daher ausschließlich in Verbindung mit Antonia, Indra, Kim, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias.

## 7.2 Bewerbung auf das Referat für Hochschulpolitik Außen

Liebe Kommiliton\*innen,  
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

ich heiße Indra, bin 23 Jahre alt und studiere den Master Bildungswissenschaften im vierten Semester. Hiermit bewerbe ich mich auf das Referat für Hochschulpolitik Außen für das AStA-Kollektiv 2020/2021. Durch meine Sachbearbeitungsstelle in der Legislatur 2019/2020 in der Hochschul- und Studienberatung habe ich nicht nur Einblicke in die Arbeitsweisen des AStAs bekommen, sondern auch einen Überblick über Probleme und Bedürfnisse der Studierenden erhalten.

Unter dem Referat für Hochschulpolitik Außen verstehe ich sowohl die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Universitäten als auch die Beteiligung an Bündnissen, die über die klassische Hochschulpolitik hinausgehen. Die Mitarbeit an lokalen sowie bundesweiten Bündnissen, die sich gegen Verwertungslogik, Leistungsideologie, Antifeminismus, Antisemitismus und Rassismus einsetzen ist aufgrund der immer stärker werdenden reaktionären Kräfte in der (Hochschul-)Politik unabdingbar. Diesen Problemen kann in Bündnissen besser entgegengetreten werden als in der Vereinzelung. Die Universität ist ein Ort, an dem sich gesellschaftliche Diskurse widerspiegeln. Damit muss sie in einem größeren Zusammenhang betrachtet und bearbeitet werden. Liegen diese Diskurse nicht im Interesse der Studierenden, haben sie erhebliche negative Einflüsse auf die Studienbedingungen an der Leibniz Universität. Eine Vernetzung mit anderen Universitäten und Gruppen, die sich für die Rechte Studierender einsetzen, kann den nachteiligen Entwicklungen entgegenwirken.

Ich möchte an die erfolgreiche Zusammenarbeit der Referent\*innen der bisherigen AStA-Kollektive mit der LandesAstenKonferenz (LAK) und Lernfabriken Meutern anknüpfen und weitere Vernetzungen erreichen. Zudem möchte ich mich bei der Kommission für studentische

Angelegenheiten der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (KoStA) einbringen, da die Antidiskriminierungsarbeit in meiner Legislatur einen Schwerpunkt einnehmen soll. Hier möchte ich aktuellen Vorfällen sowie der strukturellen Kontinuität von Diskriminierung auf Basis von erarbeiteten Konzepten entgegenwirken. Auch das Bündnis „Lernfabriken meutern...!“ soll mit einer Ortsgruppe für Hannover noch mehr genutzt werden, um die Interessen der Studierenden mit den erfahrenen Mitgliedern des Bündnisses zu stärken. Über die LandesAstenKonferenz möchte ich mich auch mit den geplanten Änderungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (kurz NHG) auseinandersetzen und hier die Bedürfnisse der Studierenden der Leibniz Universität Hannover einfließen lassen. Dazu gehört beispielsweise die Kritik an der fehlenden Umsetzung des Verbots von Anwesenheitslisten. Aktuell versucht die Landesregierung das NHG zu ändern, ohne vorher die Studierenden auch nur gehört zu haben. Es ist daher wichtig, jetzt Druck auf die Landesregierung zu machen, sodass studentische Interessen bei der Gesetzgebung nicht in Vergessenheit geraten. Die letzten Jahre an der Universität haben deutlich gemacht, dass es an allem fehlt. Ob Raummangel, schlechte Betreuungszahlen, mangelnde Finanzierung usw.: Studierende wissen am besten, wie ein neues Hochschulgesetz für eine bessere Lehre und eine bessere Hochschule aussehen müsste, daher möchte ich mich für diese Perspektive einsetzen. Die Positionen, Projekte und Angebote der Bündnisse sollen für die Studierenden transparenter werden und zu mehr Partizipationsmöglichkeiten führen.

Um regionale Probleme zu bearbeiten, möchte ich mit den vier weiteren ASten enger zusammenarbeiten und hier beispielsweise die Wohnungsnot in Hannover thematisieren, die Studierende vor große (finanzielle) Schwierigkeiten stellt. In diesem Rahmen können aber auch Bildungsangebote wie übergreifende Vortragsreihen realisiert und hochschulpolitische Aktionen geplant werden.

Die Arbeit im Kollektiv sehe ich als notwendige Arbeitsform an, um die umfassenden Aufgaben meines sowie der anderen Referate zu bewältigen und sinnvolle und überdachte politische Entscheidungen zu treffen. Dabei können wir gemeinsam Projekte entwickeln und mit unserer Erfahrung und Kontakten in unterschiedlichen Bereichen die Schwerpunkte unserer Referate verbinden.

Diese Bewerbung gilt ausschließlich als Teil des Kollektivs mit Antonia, Kim, Marcel, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias.



### 7.3 Bewerbung auf das Referat für Kasse

Liebe Kommiliton\*innen, lieber Studentischer Rat,

hiermit bewerbe ich mich auf das Kassenreferat des Allgemeinen Studierendenausschuss 2020/21. Ich bin Tim-Jonas, 22 Jahre alt und studiere Sozialwissenschaften im 6. Semester.

Die Kasse ist das Zahlungsorgan des AStA, über sie laufen alle autorisierten Transaktionen und Zahlungen. Das Kassenreferat hat die primären Aufgaben der Auszahlung der von den Studierenden beantragten Darlehen, des Semesterticketausfallfonds und der Rückerstattung des Semestertickets. Darüber hinaus zahlt die Kasse die Gehälter der Referent\*innen, Sachbearbeiter\*innen und Senator\*innen etc. aus.

Durch die gute Arbeit meiner Vorgänger\*innen in Sachen Digitalisierung der Arbeitsprozesse habe ich wesentlich erleichterte Arbeitsabläufe. Dennoch möchte auch ich mich darum bemühen, die Arbeitsschritte und Anträge im AStA weiter zu digitalisieren, um so die Inanspruchnahme der Anträge für noch mehr Studierende zu erleichtern und zu öffnen. Dabei steht vor allem das Darlehen im Fokus. Hier möchte ich gerne mit Daniel zusammenarbeiten, dieser hat bereits den Semesterticketausfallfondsantrag erfolgreich digitalisiert und kann sich vorstellen, dies auch für das Darlehen zu tun. Gerade in der kommenden Zeit werden durch die Kontaktverbote erstmal keine persönlichen Sprechstunden möglich sein, somit ist es notwendig, den darauf angewiesenen Studierenden eine Möglichkeit zu geben, kontaktlos und möglichst unkompliziert Darlehensanträge stellen zu können. Ein weiteres Projekt ist die Ausweitung der bargeldlosen Auszahlung, dies wird vor allem die Finanzrevision in den kommenden Jahren zunehmend erleichtern. Aufgrund meiner zweijährigen Arbeit im Geschäftszimmer des AStA kenne ich mich bereits mit den Abläufen der Serviceleistungen des AStA aus und denke, dass ich mit diesem Vorwissen und nach der Einarbeitung durch meinen Vorgänger die Aufgabe des Kassenreferenten gut bewerkstelligen kann.

Da ich die Arbeitsteilung in einem Kollektiv als solidarisch betrachte, werde ich über meine Aufgaben als Kassenreferent hinaus nach meinen Möglichkeiten meine Anregungen und Ideen mit meinen Kolleg\*innen teilen, und versuchen sie insofern es mir möglich ist bei Problemen zu unterstützen.

Meine Bewerbung gilt nur im Zusammenhang mit dem Kollektiv der Findungsphase, Antonia, Indra, Kim, Marcel, Mona, Mustafa, Pia und Tobias.

## 7.4 Bewerbung auf das Referat für Politische Bildung

Mein Name ist Tobias, ich bin 23 Jahre alt und studiere Geschichte und Philosophie im Fächerübergreifenden Bachelor im 4. Semester. Mein Name ist Pia, ich bin 22 Jahre alt und studiere Elektro- und Informationstechnik im Bachelor im ersten Semester. Zusammen wollen wir uns auf das Referat für Politische Bildung bewerben.

Pia: Ich bin schon seit einigen Jahren politisch aktiv und habe in Gruppen und Bündnissen mitgewirkt, weshalb mir kollektive Arbeit bereits bekannt ist. Ich habe in der Findungsphase einen Überblick über die Arbeit im AStA und große Lust auf das Referat für Politische Bildung bekommen, da es mir ein großes Anliegen ist, die Studierendenschaft darin zu unterstützen sich politisch weiterzubilden. Mit Tobias habe ich bereits öfter über verschiedenste Projekte des Referats gesprochen und gemeinsam Ideen für eine Zusammenarbeit im Referat besprochen.

Tobias: Auch wie Pia bin ich seit mehreren Jahren politisch interessiert und habe mich in verschiedene Gruppen einbringen können, in denen die Arbeit im Kollektiv organisiert wurde. Durch mein politisches Interesse sehe ich mich der Aufgabe gewachsen und möchte den Studierenden ein alternatives Bildungsangebot außerhalb des universitären Alltags bieten. Im Folgenden wollen wir euch unser Konzept und unsere Vorstellungen für die kommende Legislatur darlegen.

Universitäre Bildung dient fast ausnahmslos der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Das, was gelernt wird, muss ökonomisch verwertet werden können. Studierende werden darauf vorbereitet, profitabel für das Wirtschaftssystem zu sein - es bleibt kaum Zeit, sich neben dem eng getakteten Stundenplan anderen Themen zu widmen und sich kritisch mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Im universitären Rahmen werden die kritischen Gesellschaftswissenschaften immer weiter ausgedünnt, an allen Ecken werden Einsparungen getroffen. Wir wollen in unserer Amtszeit Alternativen dazu ausbauen, weitere Angebote schaffen und uns kritischen Gesellschaftstheorien widmen, damit jede Person die Chance bekommt, die Zusammenhänge der Gesellschaft zu verstehen, in der sich alle Studierende befinden. Dabei wollen wir niedrigschwellig möglichst vielen Studierenden einen Zugang für einen kritischen Blick auf die Gesellschaft bieten.

Aus der Verwertung des eigenen Wissens resultiert ein enormer Druck für Studierende, Konkurrenz und Missgunst sind die Folge. Unser Ziel ist es, ein Bewusstsein für die Ursachen des eigenen Drucks zu fördern und den Kapitalismus als das Übel zu benennen. Wir halten es

für notwendig, diesen Zusammenhang zu verstehen und zu vermitteln, um in der Praxis für eine solidarische Arbeitsatmosphäre zu sensibilisieren – in der ein Miteinander anstatt eines Gegeneinanders fokussiert wird.

Kassel, Halle, Hanau: rechtsterroristische Anschläge häufen sich. Sie entstehen nicht aus einem Vakuum heraus, sondern werden geebnet durch rassistische und antisemitische Ressentiments in der Gesellschaft. Rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Stimmen in der Gesellschaft werden immer lauter und finden immer mehr Gehör, auch im universitären Kontext. Gerade in diesen Zeiten bedarf es einer politischen Bildung, die darauf reagiert und dem entgegenwirkt. Daher wollen wir entsprechende Veranstaltungen zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus organisieren.

Die etablierten Veranstaltungsreihen des AStAs bieten dafür einen guten Rahmen. Das jährlich stattfindende „festival contre le racisme“ möchten wir inhaltlich mit den Themen Antirassismus und Antisemitismuskritik füllen. Wir wollen ein Bewusstsein schaffen für Diskriminierung in der Gesellschaft, unter den Studierenden und in anderen universitären Kontexten. Dabei wollen wir versuchen, niedrigschwellig Studierende für vorherrschende rassistische, antisemitische und sexistische Verhaltensweisen zu sensibilisieren und die strukturelle Ebene, in denen diese eingebettet sind, aufzuzeigen. Wie im Punkt „fclr“ aufgeführt, stellt das Festival die Auftaktveranstaltung für die darauffolgende Veranstaltungsreihe dar. Innerhalb dieser werden wir, wie in den Jahren zuvor, verschiedenste Vorträge organisieren und in dem Rahmen versuchen oben aufgeführtes umzusetzen. Die UniSex-Hochschultage sollen hingegen den Fokus auf die Themenbereiche Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit legen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den SB-Stellen Queerpolitik und Frauen\*- und Geschlechterpolitik stattfinden.

Um möglichst viele Erstsemester für politische Themen zu begeistern und die Möglichkeit zu bieten, sich mit anderen Studierenden zu vernetzen und (hochschul-)politische Initiativen kennenzulernen und zu unterstützen, möchten wir die kritische Einführungswoche wie in den letzten Jahren beibehalten.

Da die Fachräte durch den engen Kontakt zu den Studierenden deren Interessen direkt im Blick haben, wollen wir eine gute Zusammenarbeit und Kommunikation pflegen, um im Sinne der Studierendenschaft den Interessen nachzukommen und politische Angebote zu schaffen. Aufgrund der Ereignisse der letzten Jahre finden wir es wichtig, Präventionsangebote zu sexualisierter Gewalt zu schaffen, die sich explizit an Gremien der Verfassten

Studierendenschaft richten. Dies könnten zum Beispiel Workshops zum Thema Awareness oder solidarische und sensible Gesprächsführung sein. Für die Umsetzung wollen wir im engen Austausch mit der neu geschaffenen SB-Stelle Antidiskriminierung stehen.

Da die aktuelle Situation es schwierig gestaltet, Veranstaltungen zu planen und es nicht absehbar ist, wann größere Veranstaltungen wieder stattfinden können, haben wir uns Gedanken über alternative Angebote für Politische Bildung gemacht. Die geplanten Veranstaltungsreihen wollen wir über Online-Kanäle organisieren, sodass der Studierendenschaft die Möglichkeit geboten wird, sich weiterhin unabhängig vom universitären Alltagsgeschehen politisch zu bilden. Dies wollen wir in Form von Online-Vorträgen, Interviews sowie Literaturlisten und Filmempfehlungen verwirklichen.

Da wir die Arbeitsteilung in einem Kollektiv als solidarisch betrachten, werden wir über unsere Aufgaben als Referent\*innen für Politische Bildung hinaus nach Möglichkeiten, Anregungen und Ideen mit unseren Kolleg\*innen teilen, und versuchen sie, sofern es uns möglich ist, bei Problemen zu unterstützen. Unsere Bewerbung gilt nur im Zusammenhang mit dem Kollektiv der Findungsphase, Antonia, Indra, Kim, Marcel, Mona, Mustafa und Tim-Jonas.

## 7.5 Bewerbung auf das Referat Soziales

Liebe Kommiliton\*innen, liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

mein Name ist Antonia Otte, ich bin 22 Jahre alt und studiere Geschichte und Politik im Fächerübergreifenden Bachelor und möchte mich für die kommende Legislatur für das Referat für Soziales bewerben.

Meine Bewerbung stellt mein erstes Engagement in der Hochschulpolitik dar. Allerdings bin ich mir sicher, dass dies kein Hindernis darstellt, da ich in den letzten acht Semestern, in denen ich schon studiere, ein paar Berührungspunkte mit einigen Hochschulgruppen hatte.

Während meines Freiwilligen Sozialen Jahres Politik in der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte 2015/2016 habe ich viele Erfahrungen in politischer Bildungsarbeit in Form von Seminaren, Führungen aber auch in anderen Arbeitsbereichen innerhalb der Gedenkstätten gemacht, die ich seitdem weiter vertiefen konnte. Seit 2017 unterstützte ich als Co-Teamerin

die Bildungsseminare im FSJ- Politik in Niedersachsen und seit letztem Jahr co-leite ich diese Seminare.

Durch diese Arbeit habe ich gelernt Verantwortung zu tragen, strukturiert zu arbeiten und bei allem spontan zu bleiben. Insgesamt habe ich dabei auch die Arbeit im Team schätzen gelernt und ich freue mich auf die Arbeit im Kollektiv mit den anderen Bewerber\*innen. Eine offene und ehrliche Kommunikation ist mir sehr wichtig. Nicht zuletzt fällt es mir dadurch leicht, auf Personen und ihre Bedürfnisse einzugehen und mir ist es wichtig mich für sie einzusetzen.

Sozialpolitisch ist das Themenfeld an der Universität breit gefächert. Theoretisch soll die Universität ein Lernort sein, der allen Menschen offensteht. Faktisch gesehen ist die Universität mehr eine Lernfabrik als ein offener Ort der persönlichen Entfaltung und Weiterentwicklung (mehr dazu siehe Punkt 5). Der Konkurrenzgedanke ist in der kapitalistischen Gesellschaft tief verankert und macht keinen Halt vor Universitäten. Nun haben nicht alle Studierende die gleichen Voraussetzungen und stehen vor individuellen Herausforderungen, um ihr Studium zu organisieren und abzuschließen. Hier möchte ich allen Studierenden mit Rat und Tat zur Seite stehen und Hilfestellung im Bereich der sozialen Themenfelder geben.

Für mich als junge Frau mit einer körperlichen Behinderung ist insbesondere Teilhabe und Barrierefreiheit ein wichtiges Thema. Ich möchte zusammen mit der SB-Stelle Teilhabe weiter daran arbeiten, eine Universität zu schaffen, die Barrieren abbaut und für Personen mit jeglichen Einschränkungen zugänglicher wird. Ein wichtiger Aspekt dabei ist auch das Sichtbarmachen dieser Barrieren. Wie Projekte diesbezüglich aussehen können, steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, aber ich sehe sehr viel Potential für Veranstaltungsreihen und verschiedene Aktionen.

Auch die vorherrschende Wohnungsnot ist ein immer wiederkehrendes Problem für Studierende. Ich möchte das Konzept der „Schlafplatzbörse“ neu aufrollen und so eine Alternative für kurzfristige Unterkünfte schaffen, damit die Studis eine Sorge weniger haben. Bisher gab es leider immer eine höhere Nachfrage, als Hilfe angeboten wurde. Durch Zusammenarbeit mit Kim möchte ich das Konzept stärker bewerben, um mehr Schlafplatzangebote zu sammeln.

Auch möchte ich eine enge Zusammenarbeit mit den studentischen Freiräumen weiterführen und diese verwalten. Wie weiter oben in unserem Programm erwähnt, sind die studentischen Freiräume für uns unumgänglich und unglaublich wichtig, um Raum für alternative Kultur und kritische Bildung, aber auch Schutzräume an der Universität zu generieren. Es braucht studentische Freiräume, um Studierenden die Möglichkeiten zu geben sich auszuleben und soft

skills wie Organisations-, Kommunikationsfähigkeit und Eigeninitiative zu erlernen. Inwieweit die Nutzung der Räume dieses Semester möglich ist, wird sich zeigen. Gerade hier kommt dann die Wichtigkeit von Netzwerkarbeit ins Spiel, um die ich mich bemühen werde, damit das Angebot aufrechterhalten werden kann für Zeiten nach der Pandemie.

Nicht zu vergessen ist der kulturelle Bereich, den ich als Referentin für Soziales betreuen werde. Die Theater- und Opernflat, aber auch andere Veranstaltungen wie der studentische Salon sollen weiter erhalten bleiben, um uns Studis ein breites kulturelles Angebot bieten zu können. Zu guter Letzt möchte ich noch einmal hervorheben, dass der größte Teil meiner Arbeit in sozialer Unterstützung in Form von Beratungsgesprächen sein wird. Außerdem kann ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen, welche weiteren Aufgaben auf mich zukommen. Ich bin mir jedoch sehr sicher, dass ich mit den anderen im Kollektiv im Rücken alle Schwierigkeiten, die aufkommen könnten, auffangen kann. Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen und die Zusammenarbeit in der kommenden Legislatur!

Diese Bewerbung gilt ausschließlich als Teil des Kollektivs mit Indra, Kim, Marcel, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias.

## 7.6 Bewerbung auf das Referat für Finanzen

Liebe Kommiliton\*innen, liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

mein Name ist Mona und ich studiere Chemie im 5. Fachsemester. Hiermit möchte ich mich auf das Referat für Finanzen des AStA für die Legislatur 2020/21 bewerben.

Die Arbeit im AStA ist nicht neu für mich. Aufgrund meiner Tätigkeit als Ausländer\*innensprecherin habe ich Erfahrungen im Bereich Gremienarbeit. Hierdurch habe ich den AStA kennengelernt. Die Arbeit des AStA hat mich begeistert und die Findungsphase hat mich überzeugt, dass ich ein Teil des Kollektivs sein möchte und dafür geeignet bin.

Als Ausländer\*innensprecherin war ich die Ansprechpartnerin für viele Student\*innen. Im Bereich Finanzen werde ich auch als Ansprechpartnerin fungieren. z.B. für Haushaltsplanung, Finanztransaktionen, Kontoführung und Monats- und Vermögensberichte. Mit dieser Aufgabe

verknüpfe ich transparente und dokumentierte Arbeit. Eine solche Arbeitsweise habe ich im Laufe meiner Tätigkeit als Ausländer\*innensprecherin angenommen. Das Bearbeiten und Bewilligen von Anträgen für Student\*innen gehörte auch zu meinen Aufgaben. Anträge von Fachschaftsräten in Bezug auf finanzielle Mittel kann ich daher mit diesen Erfahrungen weiter fortführen. Des Weiteren gehören Verhandlungen mit Vertragspartner\*innen zum Aufgabenbereich des Finanzreferats. Dies fällt mir leicht, da ich schon als Ausländer\*innensprecherin viel Zusammenarbeit und Austausch mit externen Personen hatte. Um mehr Transparenz einzubauen und Mitbestimmung der Student\*innen zu ermöglichen, würde ich den Bereich Finanzen so ausbauen, dass eine Sprechstunde für Student\*innen stattfinden kann. Hiermit können Student\*innen Fragen und Vorschläge darlegen. Dies erleichtert weitere Fairness im Bereich Finanzen als auch für Vertretung der Studierendenschaft, wofür wir als Kollektiv einstehen. Auch bei meiner internationalen Arbeit in der Hochschulpolitik hatte ich Aufgaben im Bereich der Verteilung von Finanzmitteln. Dies passt zur Arbeit vom AStA, denn der Bereich Finanzen des AStA ist verantwortlich für die Verwaltung von Geldern, die sich aus den Semesterbeiträgen ergeben. Das Semesterticket und die Ausbezahlung des Geldes sowie die Vertretung der Interessen der Student\*innen gehören zu den Aufgabenfeldern. Interessenvertretung habe ich als Ausländer\*innensprecherin mit viel Ehrgeiz und Fleiß gemacht. Im Bereich Finanzen zu arbeiten gibt mir die Möglichkeit, mit den Geldern der Student\*innen das zu erreichen, was sie sich wünschen und für erforderlich halten. Ein Budget einzuhalten und effiziente, sowie verantwortliche Entscheidungen zu treffen sind dabei kein Neuland für mich. Die Überprüfung der Kassen der Fachschaftsräte gehört zur finanziellen Gesundheit des AStA und ist wichtig für sowohl die Fachschaftsräte an sich als auch für die Studierenden. Kassenführung und Überwachung habe ich im Rahmen verschiedener Nebenjobs schon sehr gut gemeistert. Daher sehe ich mich und uns als Kollektiv, bestehend aus Antonia, Indra, Kim, Marcel, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias als guten, unterstützenden und zuverlässigen Teil des Kollektivs der AStA.

## 7.7 Bewerbung auf das Referat für Internationales

Liebe Kommiliton\*innen,

mein Name ist Mustafa, ich studiere Wirtschaftsingenieurwesen und befinde ich mich in den letzten Zügen meines Bachelors. Hiermit bewerbe ich mich für die kommende Legislaturperiode 2020/2021 auf das Referat für Internationales.

Ich komme ursprünglich aus Afghanistan und musste vor ca. 7 Jahren das Land wegen meinem sozialpolitischen Engagement verlassen. Ich will nicht detailliert auf meine Geschichte und mein Engagement in Afghanistan eingehen, aber grob kann ich meine Aktivitäten in 3 Punkten zusammenfassen: **Antikorruptions-, Antidiskriminierungs- und Genderarbeit** .

Ich studiere seit ungefähr 5 Jahren an der Leibniz Uni, davon ein Jahr im Studienkolleg. Durch das Studienkolleg bin ich ab dem ersten Tag des Unilebens in Hannover mit den internationalen Studis und deren Problemen und Sorgen in Kontakt gekommen. Was mir damals aber fehlte, war die Präsenz sowohl vom AStA als auch von den Ausländer\*innensprecher\*innen. Wobei die Ausländer\*innensprecher\*innen gewählte Vertreter\*innen der internationalen Studis sind, und sich daher um die Probleme der internationalen Studis kümmern sollten - dies hatte leider in den letzten Jahren nicht optimal funktioniert. Daher werde ich versuchen, die Kollegiat\*innen und internationale Studis mit der Arbeit und den Angeboten des AStA besser vertraut machen. Darüber hinaus möchte ich sie über die Uni-Wahlen insbesondere die Wahl der Ausländer\*innensprecher\*innen besser informieren und mobilisieren. Hierfür werde ich mich zuerst mit den verschiedenen Vereinen der ausländischen Studierenden und dem Hochschulbüro für Internationales in Verbindung setzen und im zweiten Schritt die Studis direkt ansprechen. Die nächste Phase ist, die Onlinepräsenz vom AStA und insbesondere meines Referats zu stärken.

Eine Studie des SVR-Forschungsbereichs zeigte 2017, dass 70 Prozent der befragten internationalen Studierenden planten, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben. Deshalb sollten mehr Veranstaltungen für kulturellen Austausch organisiert werden, damit die Integration und Assimilation schon vor dem Berufseinstieg beginnt.

Im WiSe 2018/19 waren 4290 ausländische Studierende an der Leibniz Uni eingeschrieben, darunter knapp ein Drittel (1333) weiblich. Deshalb werden spezifische Angebote und Veranstaltungen für sie ein wichtiger Bestandteil meiner Arbeit sein. Hierfür würde ich die SB-Stelle Admission mit einer weiblichen Kollegin besetzen, damit die Studentinnen sich bei Auftreten eines möglichen Problems wohler fühlen.

Viele internationale Studis müssen während ihres Studiums arbeiten und wissen oft wenig über ihre Rechte. Deshalb kommt es öfter vor, dass diese Unwissenheit von manchen Arbeitgebern ausgenutzt wird. Ich wusste auch nicht, welche Rechte mir zustehen, aber durch meine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft durfte ich Einblicke und Unterstützung im Bereich Arbeitnehmerrecht erfahren. Deswegen möchte ich die Zusammenarbeit mit dem HIB stärken und mit dessen Hilfe die Studierenden bei ihren Rechten als Arbeitnehmer unterstützen.



Ich habe seit zwei Jahren eine der GZD-SB-Stellen des AStA inne und dadurch durfte ich die verschiedenen Arbeitsbereiche vom AStA besser kennenlernen. Nach langen Überlegungen habe ich mich entschieden, mit dem neuen Kollektiv zusammenzuarbeiten und mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich bin mir sicher, dass wir als Kollektiv die Herausforderungen meistern können und freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kolleg\*innen. Meine Bewerbung gilt deshalb nur im Zusammenhang des Kollektivs mit Antonia, Indra, Kim, Marcel, Mona, Pia, Tim-Jonas und Tobi.

## 7.8 Bewerbung auf das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Kommiliton\*innen, liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

mein Name ist Kim, ich bin 23 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft und Englisch im Fachübergreifenden Bachelor. Für die kommende Legislatur bewerbe ich mich auf das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Viele von euch kennen mich sicherlich aus den vergangenen Jahren Hochschulpolitik: bis Ende März war ich für drei Jahre studentische Senatorin, davor war ich Schriftführerin des Studentischen Rates. Als Senatorin konnte ich in viele Bereiche der Universität Einblicke erhalten: in die Arbeit des Präsidiums, die Organisation der Prüfungs- und Immatrikulationsämter, viele akademische Gremien wie die Gleichstellungs- oder Forschungskommission und auch die Arbeit der Fachräte und Fachschaftsräte.

Im kommenden Semester kommen große Herausforderungen auf uns alle zu: durch die Ausnahmesituation soll die Lehre ausschließlich digital stattfinden. Für mich bedeutet das, dass wir noch mehr Energie in unsere Social Media-Arbeit sowie die digitale Kommunikation stecken müssen. Über unsere Angebote können wir nur so ausreichend Studierende informieren – und nur so können die Informationen auch bei den Studierenden ankommen, die sie wirklich benötigen. Konkret bedeutet das: Instagram- und Facebook-Arbeit intensivieren und dort Präsenz zeigen; die Homepage noch aktueller und übersichtlicher gestalten! Dazu kommt eine enge Zusammenarbeit mit dem Präsidium, wenn es um die Kommunikation geht: die Situation ändert sich nahezu wöchentlich, sodass wir unsere Angebote und Unterstützung dementsprechend anpassen müssen. In den letzten drei Jahren konnte ich ein enges Verhältnis

mit dem Präsidium aufbauen, die beste Voraussetzung, um für die Studierendenschaft gut informiert zu sein und zu bleiben.

Allerdings ist nicht nur die aktuelle Entwicklung von Bedeutung: weiterhin sehe ich das Pressereferat als kritisches Sprachrohr der Studierendenschaft. Mein Anspruch ist es, schnell und kompetent bei relevanten Themen zu reagieren und den Kontakt zur Presse zu suchen. Wir wollen als AStA in den wichtigen Debatten präsent sein – egal, ob es um universitätsinterne Probleme, gesamtgesellschaftliche Aspekte oder landesweite Projekte rund um Studium und Lehre geht. Dabei ist für mich die enge und vertrauensvolle Arbeit mit den Gremien der studentischen Selbstverwaltung sowie mit Antonia, Indra, Marcel, Mona, Mustafa, Pia, Tim-Jonas und Tobias sehr wichtig.